

Gemeinsames Prüfungsamt?

Ja / nein

Falls ja: P / K / V

Unterschrift: *Penggen*

Termine:

# Landgericht Hamburg

## Wiedergutmachungskammer 1

Rückerstattungssache

Erben<sup>n</sup> Dr. Wilhelm Gellner *Kathl.*

1/ John George Gellner

2/ Michael Ludwig —

3/ Rahel Henriette Springer geb. Gellner

Bevollmächtigter:

RA. Dr. Friedr. Rosenblatt,  
Hamburg - Rü/91/57/Dr. G.  
GK 507

gegen

Berechtigte

Vollmacht Bl. 13

Erben

99-101

Deutsches Reich

OFD - Hamburg

- G 12 - BV 43/431 - UA 2 - BV 33/331 (32) -

Rückerstattungs-  
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung

unzugänglich

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt: 19 ~~64~~ 69

— Aufzubewahren: — bis einschl. 19 ~~74~~ 99

— dauernd —

verb. m. WK 19/65

verb. mit Wik 8/70



# Anmeldung

## von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger\*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter  
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG — )  
vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

### A. Personalangaben

#### 1. Personalangaben des Antragstellers

- a) Familienname **G e l l n e r**  
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Vorname **Dr. Wilhelm**
- c) jetzt wohnhaft **15 Rue Pomereu, Paris**
- d) Geburtsdatum und Ort **30.8.95 in Kaaden**
- e) Staatsangehörigkeit **britisch**
- f) Beruf **Arzt**
- g) Wohnort (ständiger Aufenthalt)  
im Zeitpunkt der Entziehung **London**
- h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945. **München**
- i) Wohnsitz im Jahre 1948 **München**
- k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dergl.)

\*) Nach § 1 BRÜG findet das Gesetz Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.



Rechtsanwälte

Postcheckkonto.: Hamburg 430 56

Postcheckkonto: Hamburg 430 56

Telefon: 33 06 73

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozessfähige Person zu verstehen) wünschenswert, der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

## 2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

- a) Familienname entfällt  
(bei Frauen auch Geburtsname)

- b) Vorname

- c) zuletzt wohnhaft

- d) Geburtsdatum und Ort

- e) Sterbedatum und Ort

- ### f) Staatsangehörigkeit

- g) Beruf

- #### h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller

- f) Miterben (Name und Anschrift)

- k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung

- 1) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

- m) Wohnsitz im Jahre 1948

3. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände

(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

- ### 1. Bankguthaben

nein

- a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

- b)
- Anschrift der Bank und der Depositenkasse

- c) Letzter Saldo?

- d) Ist Kontoauszug vorhanden?



4

2. Wertpapiere

nein

a) Angabe der Wertpapiere

b) Angabe der Bank und der Depositenkasse

c) ob

I. ohne Entgeld eingezogen

II. Zwangsablieferung

III. wenn II., welche Zahlung

IV. an welcher Stelle abgeliefert

wofür ist die Ablieferung erfolgt

V. bei Reichsschatzanweisungen:

zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere

d) Ist Depotauszug vorhanden?

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

nein

a) abgelieferte Gegenstände:

b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:  
Stadt/Adresse angeben

c) ob

I. ohne Entgeld eingezogen

II. Zwangsablieferung

Ist Ablieferungsquittung vorhanden

III. wenn II., welche Zahlung

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektr. oder optische Geräte

nein

a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

b) Ablieferung an

nein

5. Hausrat

a) Bezeichnung der Gegenstände

b) Ortsangabe

6. Lifte

ja

a) Inhalt des Liftes

3 Lifte Nr. 711, 712, 713  
7270 kg

b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters  
Versteigert in Hamburg



7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

nein

b) Ablieferung an

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsabgabe

III. wenn II., welche Zahlung

C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRüG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren

#### D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1. Zeitpunkt der Entziehung

1941

Es wird wegen Entziehung auf die Akten der Finanzbehörden, der Gestapo, der Grundbuchämter, Patenämter und der sonstigen amtlichen Stellen, die mit der Entziehung jüdischen Vermögens beauftragt waren, Bezug genommen.

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung

Hamburg

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebietes oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbindung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

3. Durch welche der in § 1 BRüG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt?

Deutsches Reich

#### E

1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens.

Wiedergutmachungsamt Hamburg II/ Z 3629

2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.

nein

Vorhandene Unterlagen — Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandleihanstalt usw. — sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original, sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Dr. F. Rosenhan

Unterschrift:

Rechtsanwalt

Ort: Hamburg

Datum: den 18. Februar 1959

**Oberfinanzdirektion Hamburg**

- G 12 - UA 2 - BV 43/431 -

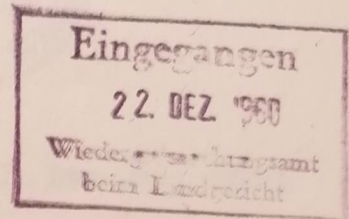
9  
Hamburg 13, den 19. Dez. 1960  
Harvestehuder Weg 14  
Tel. 44 12 91 / App. 39

Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

Sievekingplatz (mit zwei beglaubigten Durchschriften)



In der Rückerstattungssache

Z 23 299

Dr. Wilhelm Gellner ./.  
(RAe. Dr. F. Rosenhaft pp.)

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

wird beantragt,

den Rückerstattungsantrag abzuweisen.

Der Antragsgegner verweist auf das Verfahren II/Z 3629.  
Durch Beschluß des Wiedergutmachungsamts Hamburg vom 3. 10. 1952  
wurde über diesen Anspruch bereits rechtskräftig entschieden.  
Das Verfahren gemäß § 42 BRÜG ist unter dem Az.: 3 WiK 51/60 -  
noch anhängig. Die Neuankmeldung des Rückerstattungsanspruchs  
ist gemäß § 29 BRÜG unzulässig.

Im Auftrag

( Polack )

Regierungsrat

1. O. am A.N. 1. bbl. 6. 3. 11.

2. N. Fr.

1111-  
27. Dez. 1960

Ausgefertigt am 28. Dez. 1960  
Gelesen am  
Ab z. Zust./formlos( x)  
am

30. DEZ. 1960

30/3



**Dr. Friedrich Rosenhaft  
Eberhard Fellmer**

Rechtsanwälte

beim Hanseatischen Oberlandesgericht  
dem Landgericht und dem Amtsgericht  
Hamburg

Hamburg 1, 12. April 1961  
Spitalerstr. 11, IV (Barkhof)  
Fernsprecher: 330673  
privat: 47 45 50

J/Mz

Mein Aktz.: Rü - Dr.W.Gellner

bitte angeben

An das

Wiedergutmachungsamt beim  
Landgericht

Hamburg

Ausgefertigt am 18. APR. 1961  
Gelesen am  
Abgesandt am 21. APR. 1961



In der Rückerstattungssache

Dr. Wilhelm  
Gellner

✓  
1. D. am AG z. H. ✓  
2. Verweisen ✓  
Ausgefertigt am 17. April 1961  
Gelesen am 18. APR. 1961  
Abgesandt am  
- Z 23 299 -

Deutsches Reich

(OFD Hamburg, Az:  
G 12 -UA 2- BV 43/431)

14. Apr. 1961  
wird auf die dortige richterliche Verfügung vom 6.d.M. vor-  
getragen:

Es hat bereits wegen Entziehung von Umzugsgut beim Wieder-  
gutmachungsamt beim Landgericht Hamburg unter dem Aktenzeichen  
II/Z.3629 ein Rückerstattungsverfahren stattgefunden. In diesem  
Verfahren ist am 3.10.1952 ein Beschluß ergangen, worin die  
Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches wegen Entziehung  
dieses Umzugsgutes festgestellt worden ist. Die OFD Hamburg  
hat dann ein Abrechnungs- und Bescheidsverfahren durchgeführt  
und einen Betrag in Höhe von DM 9.450,-- zugesprochen.  
Der Bescheid über das Abrechnungs- und Bescheidsverfahren ist  
am 23.6.1959 erteilt worden.

Gegen diesen Abrechnungsbescheid ist bei der 1. Wiedergutmachungs-  
kammer beim Landgericht Hamburg zum Aktenzeichen 1 WiK 322/59  
Rechtsmittel eingelegt worden. Vorsorglich wurde aber beim  
Verwaltungsamt für innere Restitutionen eine Neuanmeldung des-  
wegen vorgenommen, da nach Ansicht des Antragstellers mit dem  
Abrechnungsbescheid über DM 9.450,-- nicht alle im Umzugsgut  
befindlich gewesenen Gegenstände abgegolten sein konnten.

Zu diesem Zeitpunkt war auch die Rechtsprechung des Obersten  
Rückerstattungsgerichtes für die britische Zone in Bad Herford

16

noch nicht bekannt, wonach ein früher ergangener Feststellungsbeschuß der Höhe nach nicht bindend ist für den Wiederbeschaffungswert der entzogenen Gegenstände per 1.4.1956.

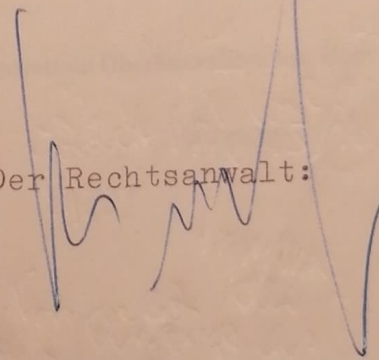
Andererseits ist das Rückerstattungsverfahren, daß bei der 1. Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hamburg unter dem Aktenzeichen 3 Wik 51/60 anhängig ist, so lange ausgesetzt worden, bis die Neuankmeldung vom Verwaltungsamt für innere Restitutionen an das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg überreicht und das Rückerstattungsverfahren förmlich eröffnet worden ist.

Es wird deshalb, da die weitere Fortführung des Rückerstattungsverfahrens 3 Wik 51/60 bis zur Eröffnung des Verfahrens vor dem Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg, Aktenzeichen: Z 23 299, ausgesetzt worden ist, darum gebeten,

dieses Verfahren nunmehr an die  
Wiedergutmachungskammer, Aktz:  
3 Wik 51/60, abzugeben.

Sofern in der Akte 3 Wik 51/60 eine Vollmacht des Antragstellers auf mich nicht vorliegen sollte, so muß die Vollmacht zumindest in der Akte des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Aktz: II/Z.3629, liegen.

Der Rechtsanwalt:





**Dr. Friedrich Rosenhaft  
Eberhard Fellmer**

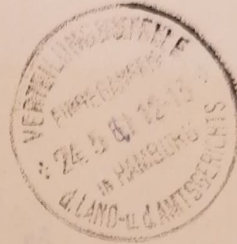
Rechtsanwälte

beim Hanseatischen Oberlandesgericht  
dem Landgericht und dem Amtsgericht  
Hamburg

Hamburg 1, den 23. Mai 1961  
Spitalerstr. 11, IV (Barkhof)  
Fernsprecher: 33 06 73  
privat: 47 45 50  
J/Fu.

Mein Aktz.: Rü/Dr.W.Gellner  
bitte angeben

An das  
Landgericht Hamburg  
3. Wiedergutmachungskammer  
H a m b u r g  
=====



Aktenz.: 3 WiK 160 / 61

1) D. zusammen mit Übersichtsbild der OFP-Rhhe  
an Ry z. H.

2) 3. lfd. Fnd

25.5.61 für

In der Rückerstattungssache

Dr. Wilhelm G e l l n e r ./. Deutsches Reich  
( RAe. Dr. F. Rosenhaft  
und E. Fellmer )

Ausgefertigt am 26.5.61  
Abz. Zust. formlos  
am 29/5. 61

überreiche ich in der Anlage eine Versicherungspolice  
mit der Nr. 855 betr. das Umzugsgut Dr.G. 711/713 = 3  
Lifts Umzugsgut 7270 kg. Diese Versicherungspolice wur-  
de für die Fahrt vom Lager im Hamburger Freihafen nach  
einem in Gross-Hamburg befindlichen Auktionslokal aus-  
gestellt.

Die Versicherungspolice wurde also zu einem Zeitpunkt  
erstellt, als der Antragsteller keinerlei Einwirkung  
mehr besass, um eine genaue Taxierung seines Umzugsgutes  
vornehmen zu lassen. Gleichwohl ist der damalige Ver-  
sicherungsmakler zu einer Schätzung von RM 18.165,-- ge-  
kommen.

Diese Unterlage spricht für sich.

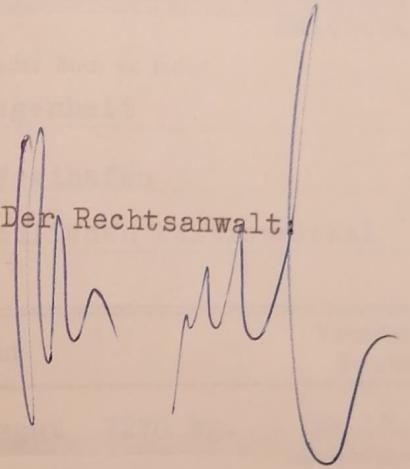
Ich habe selbst versucht, über den Antragsteller Unter-  
lagen zu erhalten, vor allem eine Beschreibung seines



Umzugsgutes.

Sobald mir diese Unterlage zugeht, werde ich sie dem  
Gericht vorlegen.

Der Rechtsanwalt:

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.





gegründet 1900

**ADOLPH JAHN & CO.**

Assekuranzmakler

**HAMBURG 1**

Telegr.-Adr.: Trianon

Auszug aus den Allg. Bed. f. d.  
Vers. v. Gütertransporten a.  
Flüssen u. Binnengewässern.

Anfang und Ende  
der übernommenen Gefahr.

§ 14. Die von dem Versicherer  
übernommene Gefahr beginnt  
mit dem Zeitpunkte, in welchem  
das Gut zum Zwecke der Ein-  
ladung in das Fahrzeug oder in  
das Leichterfahrzeug zur unver-  
züglichen Beförderung vom Lande  
scheidet; sie endet mit dem Zeit-  
punkte, in welchem das Gut am  
Bestimmungsort wieder an das  
Land gelangt.

Wenn durch Eis, Hochwasser  
oder niedrigen Wasserstand die  
Schiffahrt behindert oder ge-  
fährdet ist und das Gut ein-  
geladen wird, so beginnt das  
Risiko des Versicherers erst mit  
der Wiedereröffnung der Schiff-  
fahrt. Wird unter den gleichen  
Voraussetzungen das Gut ent-  
löst, so erfolgt dies lediglich  
für Rechnung und Gefahr des  
Versicherten, es sei denn, daß  
ein Fall von großer Haverei die  
Entlösung notwendig macht.

Wenn das Gut nicht vom Lande  
scheidet oder nicht ans Land ge-  
langt, sondern von Fahrzeug zu  
Fahrzeug überladen wird, so be-  
ginnt die von dem Versicherer  
übernommene Gefahr mit dem  
Zeitpunkte, in welchem das Gut  
an Bord des in dem Antrage oder  
in der Aufgabe zur laufenden Ver-  
sicherung (Generalpolice) bezeich-  
neten Fahrzeuges ankommt, und  
endet mit dem Zeitpunkte, in  
welchem das Gut das Fahrzeug  
verläßt.

Wird zur An- oder Ablieferung  
des Gutes ortsüblich ein Leichter-  
fahrzeug benutzt, oder ist ein  
Leichtertransport als Teil der ver-  
sicherten Reise zu betrachten, so  
haftet der Versicherer für den  
Leichtertransport nach Maßgabe  
dieser Bedingungen.

Für die Beseitigung der Gefahr  
ist ferner, mangels besonderer  
Vereinbarung, in Ergänzung vor-  
stehender Bestimmungen, daß die  
Gefahr spätestens mit Ablauf des  
14. Tages nach Antritt des Fahr-  
zeuges an Bestimmungsort en-  
det, unbeschadet der Verpflich-  
tung des Versicherten bzw. des  
Empfängers, bei Beschädigung  
oder bei am Gute drohender  
Gefahr die sofortige Ausladung  
zu veranlassen.

Wird die Löschung von dem  
Versicherten, dem Versicherungs-  
nehmer oder ihren Vertretern,  
dem Absender oder Empfänger  
verzögert, so endet die Gefahr  
mit dem Zeitpunkte, in welchem  
ohne Vergütung die Löschung be-  
endet gewesen wäre.

Wenn das Gut bei behinderter  
oder geschlossener Schiffahrt, sei  
es durch Eis, Hochwasser oder  
niedrigen Wasserstand, im Fahr-  
zeug liegt, so ist eine  
angemessene Zuschlagsprämie  
(Standprämie) zu zahlen. Der  
Versicherungsnehmer, der Ver-  
sicherte oder ihre Vertreter sind  
verpflichtet, sobald sie von der  
Behinderung in der Beförderung  
Kenntnis erhalten, dies dem Ver-  
sicherer oder seinem Vertreter  
anzuzeigen.

Police

für den Gütertransport  
auf Flüssen und Binnengewässern <sup>und</sup><sub>oder</sub> zu Lande

Police Nr. 855

Reichsstempel Nr. 751 bezahlt.

Die unterzeichnete..... Gesellschaft..... versichert hiermit dem

Inhaber dieser Police

für Rechnung wenn es angeht

die Summe von RM. 18.165.-- (Achtzehntausendeinhundertfünfundsechzig Reichsmark)---

auf die nachstehend bezeichneten Güter, geladen oder noch zu laden  
per Fuhre &/oder Gelegenheit

für die Reise vom Lager im Hamburger Freihafen  
nach einem in Gross-Hamburg befindlichen Auktionslokal

Versicherter Gegenstand	Versicherte Summe
Dr.G. 711/713 = 3 Lifts Umzugsgut 7270 kg.	RM. 18.165.--

Für diese Fuhrtransporte haben die vereinbarten  
Bedingungen Gültigkeit.

Gegenwärtige Versicherung ist am 30. ten Juni 1941 mittags  
beantragt worden und geschieht für den Flußtransport zu den allgem. Flußversicherungs-  
bedingungen und für den Landtransport zu den allgem. Landtransport-Versicherungsbedin-  
gungen, denen die Parteien sich in allen Teilen unterwerfen. Geschriebene Bedingungen  
gehen den gedruckten Bedingungen vor, insofern sie von diesen abweichen. Die Versicherten  
erklären durch Annahme dieser Police, daß ihnen die vorerwähnten Versicherungs-Bedingungen  
bekannt sind und daß sie dieselben akzeptieren.

Im Schadensfall bittet man, sich an Herrn Lutteroth & Co.,  
in Hamburg 1, Schauenburgerstr. 33 zu wenden

HAMBURG, den 30. Juni 1941

Adriatische Versicherungs-Gesellschaft  
Generalagentur Lutteroth & Co., Hamburg



Lutteroth



Oberfinanzdirektion Hamburg

- G 12 - UA 2 - BV 43 -

(24a) Hamburg 13, den 17. Juli 1961

Harvestehuder Weg 14

Postfach

Tel. 441291 / App. 46

Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer 3

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

( mit zwei begl. Durchschriften)



In der Rückerstattungssache

- 3 WiK 160/61 -

Z 23 299

Dr. Wilhelm Gellner ./.  
(RAe.Dr.F.Rosenhaft pp.)

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

weist der Antragsgegner darauf hin, daß in dem früheren Verfahren II/Z 3629 ein Ersatzanspruch wegen der Entziehung von drei Lifts mit einem Gesamtgewicht von 7.270 kg bei einem erzielten Netto-versteigerungserlös von RM 4.167,-- zuerkannt worden ist. In dem nunmehr auf Grund der Neuanschuldung anhängigen Verfahren ist die Entziehung derselben bereits in dem o.g. früheren Verfahren abgegoltenen Gegenstände geltend gemacht. Zwar hat der Antragsteller vorgetragen, daß in der dem damaligen Verfahren zugrunde liegenden Versteigerungsliste nicht alle Gegenstände aufgeführt sind, die seinerzeit zu dem Umzugsgut gehörten. Der Antragsteller hat jedoch bisher keinen Beweis dafür angetreten, daß vom Deutschen Reich außer den in der Versteigerung damals erfaßten Gegenstände weitere Vermögenswerte entzogen worden sind. Die von ihm vorgelegte Versicherungspolice stellt hierfür keinen ausreichenden Beweis dar. Der Antragsteller möge durch Vorlage weiterer Unterlagen Beweis für sein Vorbringen antreten.

✓  
2/ Abh. an Abt. Vork.  
zur Kerkel.

2/ 2 Monate

Im Auftrag

*Schminke*  
(Schminke)

Regierungsassessor

19. JULI 1961

zur  
gef. n. ab  
19/7. 61

19/7. 61



Lx an RA;  
ab 29/1/62 Lh

Öffentliche Sitzung

In der - Rückerstattungs - Sache

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor Dr. Schaefer  
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,

- " - Quellhorst

"  
als Beisitzer,

Röschmann

Justizangestellte,

als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle.

Dr. Wilhelm G e l l n e r,

Antragsteller,

Bevollmächtigte: RAe. Dr. Fr. Rosenhaft,  
E. Fellmer, Hamburg,

gegen

das D e u t s c h e R e i c h

Oberfinanzdirektion Hamburg

- G 12 - BV 43/431 -

Antragsgegner,

erscheinen bei Aufruf :

für Antragsteller u. RAe. Dr. Fr. Rosenhaft pp.:  
Assessor Jobst,

für Antragsgegner : Regierungsrat Dr. Grassmann.

Beschlossen und verkündet:

I. Es soll ein Sachverständigengutachten über den Wiederbeschaffungswert per 1. April 1956 des Umzugsgutes des Antragstellers, das in der Versteigerungsliste des Gerichtsvollzieheramtes vom 28. + 29. Juli 1941 aufgeführt ist, eingeholt werden.

II. Zum Sachverständigen wird im Einverständnis mit beiden Parteien der

Obergerichtsvollzieher Heinrich B o b s i e n  
bestimmt.

Schaefer

Röschmann



Heinrich Bobsien  
Obergerichtsvollzieher  
Hamburg 36.Drehbahn 36.  
Versteigerungshaus.

52  
Hamburg, den 12. Februar 1962

An das

Landgericht Hamburg,  
Wiedergutmachungskammer 3.  
H a m b u r g .

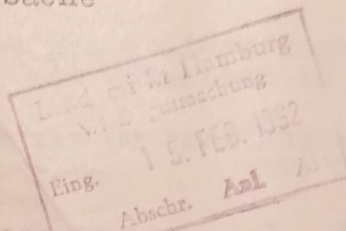
In der Rückerstattungssache

Dr. G e l l n e r ,

gegen

Deutsches Reich

3 WiK. 160/61 - Z 23 299



Zum Beschluß der Wiedergutmachungskammer vom 24.1.62. erstatte ich folgendes Gutachten:  
Der Akten inhalt ergibt, daß die s.Zt. entzogenen Gegenstände durch das Gerichtsvollzieheramt Hamburg am 28. und 29.7.41 versteigert wurden. Die Versteigerungsakte mit Versteigerungsprotokoll liegen vor. Danach Brutto der Bruttoversteigerungserlös RM. 5 787.50.  
Nach Blatt 15 d.A. sind durch Beschluß vom 30.10.52 dem Antragsteller DM. 9 450.-- als Entschädigung zugesprochen.  
Es soll nunmehr der Wiederbeschaffungswert des Umzugsgutes per 1.4.56 festgestellt werden.

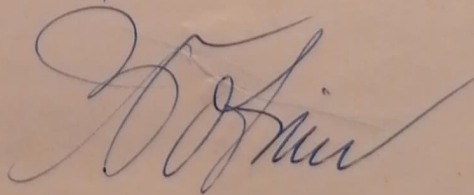
Wenn auch die derzeitigen Versteigerungsunterlagen vorliegen, ist eine Sachverständigenschätzung von Gegenständen, die seit Jahren nicht mehr vorhanden sind, außerordentlich schwierig und muß eine derartige Preisfindung leider immer eine Konstruktion bleiben, bei der der Sachverständige versucht, auf Grund jahrelanger Erfahrungen über die Preise des Warenmarktes zu einer gerechten Wertfindung zu kommen.  
Den Wiederbeschaffungswert per 1.4.56 des Umzugsgutes des Antragstellers das in der Versteigerungsliste des Gerichtsvollzieheramtes vom 28. und 29.7.41 aufgeführt ist, setze ich auf

DM. 12 214.--

fest.

Die von mir geschätzten Einzelwerte habe ich mit Rotstift in die Versteigerungsliste des Gerichtsvollzieheramtes eingefügt und dabei auch unter Berücksichtigung des Leitsatzes zur Entscheidung des ORG. vom 16. 12. 59 versucht, alle Belange wirklich größtmöglichst zu berücksichtigen.

Ich glaube aber nicht, daß die in der Versteigerungsliste aufgeführten Gegenstände am 1.4.56 einen höheren Wert als den meiner Schätzung gehabt haben dürften.

  
Obergerichtsvollzieher

- ✓  
1) 2 a Pers. Vork  
2) G.P.-L. anweisung  
3) 1 Mo  
15.2  
-L

2 Ab. 3.62

Ausgefertigt am 22.2.62  
Ab z. Zust./formlos  
am 28/2.62 a. P





**Landgericht Hamburg**  
Wiedergutmachungskammer

WiK 7/70

Z 23 299

**Beschluß**

Hamburg, den 5. Febr. 1971

In der Rückerstattungssache

- 1.) John George G e l l n e r ,  
2, Burnopfield Road, Rowlands Gill,  
Co., Durham/England,
- 2.) Michael Ludwig G e l l n e r ,  
2, Burnopfield Road, Rowlands Gill,  
Co. Durham/England,
- als Erben nach Dr. Wilhelm Gellner -  
Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt

Dr. Friedrich Rosenhaft, 2 Hamburg 1,  
Spitalerstr. 11,  
Az.: Rü 91/57 -,

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,  
gesetzlich vertreten durch den  
Bundesminister der Finanzen,  
Verfahrensvertreterin Oberfinanz-  
direktion Hamburg,  
2 Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,  
Az.: G 12 - UA 2 - BV 32 (33) - ,

Antragsgegner,

beschließt das Landgericht Hamburg,  
Wiedergutmachungskammer,  
durch folgende Richter:

1. Landgerichtsrat Marwede,
2. Landgerichtsrätin Scholz,
3. Gerichtsassessorin Fleck:



144

Das Aktiv-Rubrum wird nunmehr unter Einbeziehung der Testamentsvollstrecker nach Lise G e l l n e r geb. Hanau in das Verfahren wie folgt gefaßt:

1.) John George G e l l n e r ,  
2, Burnopfield Road, Rowlands Gill,  
Co., Durham/England,

2.) Michael Ludwig G e l l n e r ,  
2, Burnopfield Road, Rowlands Gill,  
Co., Durham/England,

- als Erben nach Dr. Wilhelm Gellner,  
der Antragsteller zu 1) zugleich als  
Mittestamentsvollstrecker über den Nach-  
laß der Lise Gellner geb. Hanau -

3.) William H u t t o n ,

- als Mittestamentsvollstrecker über den  
Nachlaß der Lise Gellner geb. Hanau,  
deren Vorerben sind:

a) John George Gellner,

b) Michael Ludwig Gellner,

c) Rahel Henriette Springer geb. Gellner -  
Antragsteller,

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Friedrich  
Rosenhaft, Gerhard F. Kramer,  
2 Hamburg 1, Spitalerstr. 11 V.

Marwede

Scholz

Fleck



Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer

Aktenz.: WiK 7/70

- Z 23 299 -

Anlage zum Protokoll  
vom 16. Februar 1971

In der Rückerstattungssache

- 1.) John George G e l l n e r
- 2.) .....
- 3.) William H u t t o n

gegen

Deutsches Reich.

V E R G L E I C H

- I. Der Antragsgegner verpflichtet sich,  
wegen Entziehung von Umzugsgut der  
Lise Gellner geb. Hanau an die Antrag-  
steller zu 1) + 3)

5.000.-- DM

(i.W.: Fünftausend Deutsche Mark)  
Schadensersatz nach Maßgabe des Bundes-  
rückerstattungsgesetzes zu zahlen.

- II. Eine Kostenerstattung findet nicht statt.

Für die Richtigkeit der Übertragung  
aus dem Stenogramm:

*Röckmann*  
Justizangestellte als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle.

*Scho. 16.2.71.*